

Das Gutachten der Sachverständigen.

Die Arbeiterkassat trägt die Hauptlast!

A. H. Die Lasten, die nach dem Gutachten der Sachverständigen Deutschland auferlegt werden sollen, sind sehr schwer. In erster Linie drückend sind die Probleme, die im Gutachten nicht gelöst werden konnten, oder wo die Vorschläge offensichtlich nicht durch wirtschaftliche, sondern durch politische Rücksichtnahme bestimmt waren. So ist die Endsumme der Reparationsleistungen nicht festgesetzt, was sowohl eine große seelische Belastung für Deutschland bedeutet, wie auch seiner Kreditfähigkeit Abbruch tut. Die Festsetzung einer endgültigen Summe mußte aber unterbleiben, weil die Frage der internationalen Schuldenstreichung, ohne die eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nicht erzielt werden kann, aus dem Gutachten aus politischen Gründen ausscheiden mußte. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes, eine notwendige Voraussetzung des Ausgleichs, konnte im Gutachten nicht gefordert werden. Sind auch die von Deutschland nach dem Gutachten zu tragenden Kosten für die ersten Jahre geringer eingeschlagen als für die späteren, so sind sie dennoch auch am Anfang bedeutend hoch, und deshalb kann von einem Moratorium nicht geredet werden. Eine internationale Anleihe ist nur für die Bedürfnisse des ersten Jahres vorgesehen, wodurch nicht nur die Lage Deutschlands, das alle Leistungen aus eigener Kraft aufbringen muß, erschwert wird, sondern auch Frankreich nicht sofort in den Besitz großer Kapitalien, die ihm zur Sanierung seiner Staatsfinanzen nötig sind, gelangen kann.

Sind die im Gutachten ungeklärt gebliebenen Fragen für den Gesamtplan schwer belastend, so sind die positiven Bestimmungen des Gutachtens nicht weniger drückend für die deutsche Wirtschaft. Die Leistungen, besonders die vom fünften Jahre an zu leistende jährliche Summe von zweieinhalb Milliarden Goldmark, wozu noch die Beträge aus dem Zinsdienst der Anleihe kommen, beruhen auf der Annahme einer blühenden Volkswirtschaft. Die Eisenbahn soll einen Ueberschuß von 660 Millionen Goldmark jährlich für Reparationen abwerfen, wo doch ihr Reinertrag im Frieden unter viel günstigeren Bedingungen und bei einem wesentlich größeren Reichsgebiet nur eine halbe Milliarde betrug. Die Verbrauchssteuern wurden Anfang dieses Jahres sehr wesentlich erhöht und stehen heute hoch über den Friedenssätzen. Ihr Ertrag dürfte sich nach dem Budgetvoranschlag für das laufende Jahr auf eine Milliarde Goldmark belaufen. Die Sachverständigen schienen aber für die Zukunft mit unvergleichlich höheren Einnahmen aus den Verbrauchssteuern zu rechnen. Besten Endes müssen mangels anderer Mittelposten der Zahlungsbilanz die Reparationsleistungen aus dem Erlös des Ausführüberschusses bezahlt werden. Wie kann aber Deutschland einen Ausführüberschuß im Betrag von ungefähr drei Milliarden Goldmark erzielen, wo die Aussichten für eine große Ausfuhr viel weniger gegeben sind als früher, und außerdem im Gutachten keine Verpflichtung der Reparationsgläubiger zum Bezug von Sachlieferungen vorgesehen ist. Es ist aber bekannt, wie Frankreich zum Vorteil seiner eigenen Industrie die Sachlieferungen faktoriert hat. Allerdings ist für den Fall, daß keine Ausführüberschüsse erzielt werden, die Herabsetzung der Reparationssumme geplant. Es ist aber fraglich, ob gerade dieser Punkt von Frankreich angenommen wird.

Das Gutachten sieht in seinem ganzen Aufbau eine kapitalistische Sanierung Deutschlands vor; es ist, den guten Willen der Sachverständigen zugegeben, aus einem rein kapitalistischen Geist hervorgegangen. Daß die finanzielle Hoheit Deutschlands bewahrt und eine Ueberfremdung der Industrie vermieden werden soll, ist unbedingt wichtig und notwendig. Im Gutachten werden diese richtigen Grundzüge anerkannt, werden jedoch an mehr als einer Stelle durchbrochen, immer aber nur zum Schaden der großen Massen und nie zu Lasten des Kapitals. Die Industrie wird zwar mit einer Hypothek von 5 Milliarden Mark belastet. Angesichts der Befreiung der Industrie von einer vor dem Krieg 4 Milliarden Goldmark betragenden Hypothekenschuld infolge der

Inflation ist diese Belastung nicht besonders hoch. Da die Industrie die Zinsen nach den Reparationsobligationen aus den laufenden Erträgen bezahlen wird, ohne daß sie in Form von Sachwertleistungen an das Reich von der Substanz ihres Eigentums etwas abgeben muß, so ist ihr der Weg zur Abwälzung dieser Zinsen auf die Arbeiter und die Verbraucher durch niedrige Löhne und hohe Preise offen. Für die Landwirtschaft sind im Gutachten überhaupt keine besonderen Lasten vorgesehen. Dagegen sollen die Frachten ins Ungemessene erhöht und hohe Transportsteuern erhoben werden; die übrigen Verbrauchssteuern müssen ebenfalls sehr gesteigert werden. Die Behauptung des Gutachtens, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter die der anderen Völker gedrückt werden soll, ist in keiner Weise begründet. Für die Ausbringung der Einnahmen zur Deckung des Staatsbedarfs wird die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches bewahrt. Angesichts der Tatsache, daß die Reparationslasten nicht von den Reichen, sondern von den Besitzlosen getragen werden müssen, ist es um so wichtiger, daß in bezug auf die übrigen Einnahmequellen für die Bestreitung des Staatsbedarfs das Kapital und der Besitz herangezogen werden sollen. Ein Kampf darum, wer diese Kosten tragen soll, muß unfehlbar entbrennen. Nach allen bisherigen Erfahrungen werden Industrie und Landwirtschaft sich vor der Tragung auch dieser Lasten drücken. Nur eine starke Arbeitervertretung im Reichstag kann die gerechte Verteilung der Steuern erkämpfen.

Es zeugt von hohem Verantwortungsgefühl, wenn sich die Sozialdemokratische Partei, im Bewußtsein sowohl der riesigen Lasten wie auch der kapitalistischen Eigenart des Gutachtens, für die Annahme desselben einsetzt. In einer Zeit der Weltreaktion und bei der militärischen Nachstellung Frankreichs ist eine bessere Lösung nicht zu erreichen. Die günstigen Gelegenheiten wurden durch Verschulden der Schwerindustrie und der Rechtsparteien veräußert. Die Annahme der Vorschläge verbürgt wenigstens die Stabilisierung der Währung und damit die Möglichkeit der Arbeit. Obwohl die Arbeiterklasse der hauptbeitragende bei der Regelung der Reparationsfrage sein wird, kann sie nicht den verantwortungslosen Hehern folgen, die durch ihre bisherige Reparationspolitik, mit der Politik der Nichterfüllung und dem kläglichen Verlagen bei dem positiven Widerstand unfähiges Gend hervorgerufen haben. Sie will den Frieden den Völkern, insbesondere dem deutschen Volk, wiedergeben und muß in harter und zäher Arbeit um eine wirkliche Versöhnung der Völker ringen, die das gegenwärtige Entstehen der Reparationen verschwinden lassen wird.

Der Papierwucher.

Genau so, wie alle übrigen Rohmaterialien einen Preisstand haben, dessen Höhe gegenüber dem Vorkriegsstand völlig ungerschert ist, steht es auch mit den Verkaufspreisen für Papier aller Art und die Klagen der papierverarbeitenden Industrien über die Uebertuerung des Papiers sind durchaus gerechtfertigt. Einen kleinen Einblick in die Magazine und Geschäftspraktiken der Papiererzeugung brachte jüngst die „Glocke“ in einem Aufsatz von nicht genannter Seite, die in einem Artikel „Der Papierputz“ neben anderem auch folgendes sagte:

„Während des Sintens der Mark lagen die deutschen Papierpreise abwechselnd unter und über den Weltmarktpreisen, je nachdem die Preise in Kartellbeschlüssen festgelegt waren. Dann kam die Goldmarkrechnung, die Stabilisierung der Mark, und im Januar lagen die deutschen Papierpreise ungefähr 100 Proz. über den Vorkriegspreisen — infolge der höheren Frachten, der teureren Rohstoffe, der „hohen“ Arbeitslöhne, des „unglückseligen“ Achtstundentags u. a. m. Dann ermäßigte die Eisenbahn ihre Frachtsätze, die Kohlenpreise sanken, die Arbeitslöhne gingen auf die Hälfte bis zwei Drittel des Vorkriegsstandes zurück und an Stelle des Achtstundentags trat der Zehnstundentag — für die Arbeiter, nicht etwa aber für die Fabrikanten, die in ihren neu erworbenen Automobilen (siehe Scheingewinne) herumkutschierten.

Aber dann sah man ein, man muß sich dankbar erweisen und die Verkaufspreise auch etwas ermäßigen. Also begann der allgemeine Preisabbau im Januar und Februar, dergestalt, daß das Papier nur noch 50 Proz. mehr als im Frieden kostete — wohlverstanden in Deutschland. Die ausländischen Kollegen der Herren Papierfabrikanten, die in nicht „marxistisch“ regierten Ländern wohnten, lieferten billiger auf die fremden Märkte, und wenn sich die Deutschen nicht ganz ausschalten lassen wollten, so mußten sie im Preise folgen. So kam es denn, daß ein Papier, das im Frieden 36 Mk. kostete, in Holland zu 28 Fl. (also 45 Mk.) zu haben war, während der deutsche Preis 62 Mk. betrug (holzfreies Schreibpapier). Inzwischen stieg der Preis in Holland etwas; er betrug heute 31 Fl. oder 50 Mk.; aber der deutsche Preis blieb unverändert auf 62 Mk. stehen, also 20 Proz. über dem Exportpreis. Obwohl nun also der Inlandpreis schon ein Fünftel über dem Weltmarktpreis liegt, der sich nicht so ohne weiteres durch Konventionalschluß in die Höhe setzen läßt, wird er um weitere 7 bis 10 Proz. erhöht (4 Mk. für 100 Kilogramm). Gründe privatwirtschaftlicher Art sind hierfür nicht vorhanden, höchstens daß infolge der Wahlen ein stärkerer Konsum zu erwarten war. Die von den Unternehmerverbänden ausgehaltenen Parteien können mit Leichtigkeit diese Mehrausgaben tragen, dagegen wird dies den unabhängigen Parteien schwer fallen.

Doch es wird auch Papier in Deutschland verarbeitet, um ins Ausland verkauft zu werden. Infolge der Preisunterschiede zwischen Inland und Ausland ist die deutsche papierverarbeitende Industrie konkurrenzunfähig geworden. Ein großer Teil der Herstellungskosten der Papierwaren besteht in den Preisen des Papiers; Arbeitslöhne sowie sonstige Materialien sind von nebensächlicher Bedeutung. In Deutschland beträgt der Preis für 10000 Blatt nummeriertes Briefpapier soviel wie in England für 10000 fertige Briefbogen, die drüben auch — deutschem Papier gedruckt sind. Hierdurch wird die ausländische Papierwarenindustrie auf Kosten der deutschen großgezogen, ja geradezu von ihr subventioniert. Firmen der Papierverarbeitung, die bisher gute Verbindungen im Ausland hatten, müssen entweder darauf verzichten oder Zweiggeschäfte dorthin errichten. Dies ist auch in letzter Zeit des öfteren geschehen.

Natürlich schreien die britischen Papierfabrikanten nach Schutz Zoll gegen die Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen. Spanien und die Schweiz z. B. sind unter solchen Umständen auch nicht geneigt, deutsche Erzeugnisse ohne besondere Hindernisse in ihr Land zu lassen — der ganze alte Vorwurf des deutschen Dumping legt wieder auf, sehr zum Schaden des deutschen Ansehens.

Noch schlimmer wird die Sache im Inland: Die Großfirmen erhöhen ihre Preise sofort auch um 5 bis 10 Proz. — man erinnert sich des „Wiederbeschaffungspreises“ aus der Inflationszeit her. Erwähnt sei noch, daß die gleichen Herren die Tarifgehälter ihrer Angestellten um 5 Proz. offiziell heruntergeleitet haben — wegen Preisabbaues.

Aber auch die papierverarbeitende Industrie setzt ihre Preise entsprechend herauf — so beschloß der Verband der Cellulosefabrikanten einen Aufschlag von 10 Proz. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren — kurz: wir leben wieder in der Zeit des Marktsturzes. Die Unterhölzung der Rentenmarkt steht ein; was der Börse mißlang, soll jetzt der Industrie gelingen.

Wie verderblich die Kartelle und Konventionen auf die Preisbildung wirken, zeigt die Briefumschlag-Konvention. Vor dem Kriege kosteten die „Kampfforten“ das Tausend 1,60 Mk., bis vor kurzem rund 2 Mk. In Berlin boten aufstehende Firmen den gleichen Artikel mit 1,10 Mk. an. Zuerst glaubte man es mit Angstverkäufen, vorübergehenden Erscheinungen usw. zu tun zu haben; doch die Angebote verschwanden nicht vom Markt. Erfolg: Die Preisbindungen der Briefumschlag-Konvention wurden für Berlin aufgehoben! Es gibt zu denken, daß jetzt auf einmal in der Reichshauptstadt nutzbringend unter den früheren Mindestpreisen der Konvention gearbeitet werden kann.

Billige Angebote auf den Markt bringen, heißt in der Branchensprache jetzt „sich zu dem“. Seit Monaten wird eine Kölner Papiergroßhandlung

in den Fachblättern gebrandmarkt, weil sie billig verkauft. Wer preiswerte Angebote auf den Markt bringt, nützt der deutschen Wirtschaft und dem Volk durch die Tat — auch wenn es den Profit einer kleinen Kasse schmälert."

Und wenn die Vertreter der Arbeiterschaft zu Lohyperhandlungen mit den Unternehmern zusammenkommen, dann wird dauernd ein wehleidiges Klageged über die Konkurrenzunfähigkeit angestimmt. Auf den Lohn der Arbeiterschaft wird mit aller Macht gedrückt, aber auch den Riesenprofit: etwas einzuschränken, daran denkt kein Mensch. Heute schreit man wieder einmal, daß jeder Pfennig Lohn-erhöhung die Inflationsgefahr steigere und die Rentenmarkt entwertet. Im gleichen Augenblick aber werden übermäßige Gewinne aus Kosten des deutschen Konsumenten eingestekt. Wie das obige Beispiel der Preispolitik in der Papierzeugung zeigt, ist die Leberverteilung des deutschen Konsumenten außerordentlich groß. In ähnlichem Verhältnis zeigt sich das gleiche Bild bei allen anderen Industrien. Die Sucht nach Riesengewinnen kennt keine Grenze, nicht nur die Arbeitskraft ist ihr Opfer, auch die Kaufkraft zahlt ihr den Tribut.

Die hohen Löhne sind schuld!

Dies- abgestandene Weisheit hat die Arbeiterschaft bis zum Ueberdruß hören müssen überall dort, wo es galt, für eine übermäßige Verteuerung eine plausible Entschuldigung zu finden. Und dabei ist zur Genüge bekannt, daß sich die zuständigen Stellen in der Reichsregierung dafür stark gemacht haben, daß die Entlohnung der Arbeiterschaft unter das Niveau des Vorkriegsstandes herabgedrückt wird. Das alles geschieht angeblich zu dem Zweck, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und einen Preisabbau durchzuführen zu können. Wohl hat man die Lohnhöhe auf einem völlig unzureichenden Stand „stabilisiert“, aber von einem Preisabbau ist nichts zu spüren. Viel eher ist das Gegenteil richtig. Gemessen an der Lohnhöhe stehen unsere Warenpreise so hoch, daß fast alles vom Arbeiter und der Arbeiterfrau nur durchs Schaukasten angehen werden kann. Zum Kaufen verbietet vom täglichen Lohn nichts, so bitter nötig die Erneuerung so manchen Haushaltsartikels oder Bekleidungsstückes auch wäre.

Diese Tatsachen sollten auch denen zu denken geben, die bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten das Schlagwort von den zu hohen Löhnen gebrauchen. Nicht hohe Löhne sind die Ursache zu übermäßig hohen Preisen. Sie können nicht sein, da die Lohnsummen zum überwiegenden Teile nur Bruchteile der Herstellungskosten darstellen, während den Hauptteil dieser Herstellungskosten in der Regel die Rohmaterialien verursachen.

Dafür ein Beispiel: Die Reallohne unserer Kollegenschaft stehen weit unter dem Friedensstand, aber die Materialpreise bewegen sich um 50 bis 150 Proz. über diesen. Nach einer Eingabe des Vorstandes des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen an das Reichspostministerium kosteten z. B.:

	1914	gegenwärtig
1 Zentner Pappen	M. 7,50	M. 12,00
1 Kilogramm Lederlein	" 0,70	" 1,50
1 " Stärke	" 0,50	" 0,70
1 Meter Kalfio	" 0,50	" 1,20
1 " Wävertuch	" 0,70	" 1,40
1 " Wollestin	" 1,80	" 3,50 usw.

Eine ähnliche Preisentwicklung haben alle in unserem Beruf zu verarbeitenden Rohmaterialien genommen. Die Häutepreise standen z. B. Anfang Februar schon auf 30 Proz. über den Weltmarktpreisen und für das verarbeitungsfertige Leder war der Preisstand noch höher. Wenn also die Rohmaterialien eine solche Entwicklung nehmen, während die Löhne weit unter Friedensstand festgehalten werden, dann sollte das Märchen von den zu hohen Löhnen doch endlich beiseite gelegt werden.

Ein anderer Fall: Dem „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ wird ein trasses Beispiel dafür mitgeteilt, wie und von wem die Preise in die Höhe getrieben werden. Das im Verlag von Ernst Rowohlt in Berlin erschienene Werk: H. H. Gruben, „Verbundene Literatur“ kostet broschiert 20 M. Das selbe Werk aber in Halbleinen gebunden 35 M. Das Buch ist 23 1/2 x 15 Zentimeter im Format, Seitenzahl etwa

620, Stärke des Rückens vom broschierten Exemplar 3,7 Zentimeter. Unsere Kollegen mögen sich selbst berechnen, was die Herstellung eines Halbleinenbandes ohne Ecken und mit ganz schmalem Rücken, oben farbiger Schnitt, kosten kann. Sie mögen auch nachrechnen, wie hoch der Arbeitslohn für ein Exemplar sein kann und dann sehen, welch stolziges Geld der Verleger allein am Bucheinband verdient. Dem Bücherkäufer aber, der den hohen Preis zu kritisieren sich untersteht, wird man mit bedauerndem Achselzucken antworten: „Ja, die hohen Löhne...“

Die Verbilligung der Produktion.

Produktion und Arbeitszeit.

Die sinkende Kopfquote der Produktion wird deshalb betrachtet, um daraus die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit abzuleiten. Kann man aber zeigen, daß entweder die Kopfquote in Wirklichkeit nicht gesunken ist, oder aber, daß die Gründe des Sinkens in anderen Faktoren der Produktion als der Arbeitsintensität liegen, — wenigstens bleibt aber jenseit, daß die Rolle dieser anderen Produktionsfaktoren wichtiger ist als die Verlängerung der Arbeitszeit, welche ja durch arbeits- und betriebstechnische Verbesserungen leicht wettgemacht werden kann —, dann verliert das Argument der Kopfquote seine Beweiskraft. In dieser Richtung werden auch immerfort wertvolle Versuche gemacht.

Die Verbilligung der Produktion.

Außer der Arbeitszeitverlängerung pflegen als andere Möglichkeiten zur Verbilligung der Produktion Lohnkürzung oder Einschränkung der Profite in Frage zu kommen. Daß durch Lohnkürzungen der innere Abfall eingeschmürt und deshalb die Produktion verteuert, die Volksgesundheit gefährdet wird und soziale Ausbrüche den Verlauf der Produktion hindern, diese Tatsachen werden nur von einer bornierten Reaktion nicht berücksichtigt. Die Einschränkung der Profite ist auf der anderen Seite innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nur schwer durchführbar; um so schwieriger, als sie in mannigfacher Form verschleiert (z. B. Kapitalverwässerungen, Synthesitargewinne usw.) werden können; auch besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit einer Kapitalakkumulation, die heute aus den Profiten herausgezogen wird. Es gibt auch Industriezweige, wo zeitweise kein namhafter Profit erzielt werden kann. Um so mehr müssen die anderen Faktoren einer Produktionsverbilligung herangezogen und betont werden. In Amerika und England beschäftigen sich große Organisationen mit der Frage der in- dustriellen Vergendung, deren Ergebnisse und Vorschläge sehr beachtenswert sind. Außer den betriebstechnischen Fragen zur besseren Verwendung der Arbeitskraft, der Maschinen und der Kraftquellen — welche Fragen zum Gegenstand der Betriebswissenschaft geworden sind — können noch Fragen verschiedener Ordnung zur Verbilligung der Produktion beitragen. Als politische sollen hier die Lösung der Reparationsfrage, die Einführung des Freihandels, die internationale Regelung der Rohstoffbeschaffung erwähnt werden. Die Umgestaltung und Verbesserung der Kreditversorgung, die Beseitigung der Buchkredite allein kann die Produkte mehr verbilligen als eine Lohnkürzung. Die Organisierung der kapitalistischen Betriebe in Trusts überschreitet oft — wie das auch in Deutschland der Fall ist — den der Verbilligung der Produktion dienenden Grad. Eine Ueberorganisierung verteuert — auch abgesehen von der monopolistischen Preispolitik — die Produktion. Die Fragen des Geldwesens, des Zwischenhandels, die Vernachlässigung der Genossenschaften, die übermäßigen Direktorengelöhler und Lantien, welche alle bei der Verteuerung mitspielen, sollen hier nur gestreift werden.

Wir sehen also, daß zur Verbilligung der Produktion das Zusammenwirken mannigfaltiger Faktoren notwendig ist. So sehr wir uns auch für diese einsetzen mögen, so müssen wir doch dagegen kämpfen, daß hierfür die ungeeignetsten und sozial ungerechtesten Mittel verwendet werden.

Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am 3. Sonntag im September.

Aus der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.

Norwegen lehnt den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale ab!

(302.) Der letzte, im Jahre 1923 abgehaltene norwegische Gewerkschaftskongreß beschloß, unter den Mitgliedern eine Urabstimmung über die Frage des Anschlusses an die R.G.Z. einzuleiten. Diese Abstimmung ist nunmehr beendet, und der Antrag des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, sich der R.G.Z. nicht anzuschließen, sondern nur freundschaftliche Beziehungen mit dieser Internationale aufrechtzuerhalten, wurde mit 15 602 gegen 7504 Stimmen, die für den Anschluß abgegeben wurden, angenommen.

Nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses hätte diese Abstimmung schon vor dem 1. Oktober 1923 stattfinden sollen. Die Verzögerung ist dadurch entstanden, daß es nicht möglich war, von der R.G.Z. Angaben über die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen, über die Zahl der angeschlossenen Mitglieder und über die durch einen Anschluß dem Gewerkschaftsbund entstehenden finanziellen Verpflichtungen usw. zu erhalten. Erst im Januar 1924 lief die Antwort der R.G.Z. auf das Schreiben vom 23. August 1923 des norwegischen Vorstandes ein. In dem Antwortschreiben der R.G.Z. wird die Verzögerung mit den unruhigen Verhältnissen in — Deutschland entschuldigt, die die ganze Aufmerksamkeits der Exekutive beanspruchte. Die Zahl der der R.G.Z. angeschlossenen Mitglieder wird mit 12 Millionen angegeben, darunter Italien, das nie angeschlossenen war, mit 3 Millionen, und Norwegen, d. h. das Land, das nur Angaben wegen eines eventuellen Anschlusses erliefte, mit 116 000 Mitgliedern. Es ist zu verstehen, daß diese Angaben den Norwegern das richtige Verständnis für die Zuverlässigkeit der übrigen im Schreiben gemachten Angaben gab. Da der norwegische Gewerkschaftsbund circa 86 000 Mitglieder umfaßt, scheint, wie die Beteiligung an der Abstimmung zeigt, das Interesse für diese Frage nicht gar zu groß gewesen zu sein.

Die amerikanischen Gewerkschaften und die Einwanderungsfrage.

(303.) Samuel Gompers, der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes und John Quinn, der Vorsitzende der American Legion (Vereinigung ehemalige Kriegsteilnehmer) sind gemeinsam gegen die unbeschränkte Einwanderung aufgetreten. Beide haben auf die großen Gefahren hingewiesen, die entstehen, falls die Einwanderung nicht ganz unmöglich gemacht oder aufs schärfste beschränkt wird. Einwanderung bedeute eine Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter Amerikas. Befürchtet hat die Einwanderungsbeschränkungs-Vorlage im amerikanischen Parlament eine große Mehrheit. Sie legt den Prozentfuß, berechnet nach der im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten festgestellten Zahl von Angehörigen fremder Länder von 3 auf 2 Proz. herab. Die Zahl der Einwanderer pro Jahr würde demnach von 357 000 auf 169 000 sinken. Die Großindustrie ist natürlich gegen die Beschränkung, da sie in ihr ein Mittel zur Hochhaltung der Löhne erblickt.

Der Existenzkampf der ungarischen Gewerkschaften.

(304.) Der Parteiausführer der Sozialdemokratischen Partei Ungarns beschäftigt sich auf der kürzlich stattgefundenen Landeskonferenz auch mit der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Sanierungsmaßnahmen der ungarischen Regierung und beschloß, daß die parlamentarische Fraktion gegen diese den schärfsten Kampf führen soll.

In der gleichen Sitzung wurde auch die Drohung des Grafen Weissen, daß er noch auf „den politischen Terror der Gewerkschaften“ zurückkommen werde, zur Sprache gebracht. Im allgemeinen wird diese Drohung so aufgefaßt, daß Weissen gegen die Gewerkschaften einen Schlag führen will, wenn ihm die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung bei der Verabschiedung der Sanierungsmaßnahmen Schwierigkeiten bereiten. Es wurde beschlossen, die Drohung zu ignorieren und alle Mittel des Kampfes auszunützen, um die Befreiung und den Ausbau der Diktatur Weissen unmöglich zu machen oder wenigstens zu erschweren.

Die Opposition in unserem Verbands

heißt eine soeben erschienene Broschüre, welche auf vielfachen Wunsch vom Verbandsvorstand herausgegeben wurde und die zur Spaltung unseres Verbandes führenden kommunistischen Quertreibereien zusammenfassend behandelt. Nach einer einleitenden Bemerkung über den grundsätzlichen Unterschied einer gesunden Kritik, wie sie von Anfang in der deutschen Arbeiterbewegung bestand und der jenseitigen Art kommunistischer Tendenz wird ein erschöpfender Rückblick dieser Art „Opposition“ gegeben, die sowohl im Jahre 1920 wie 1921 den Beitrag zur eingehenden Stellung zwang und den Verbandsstag 1922 in gleicher Weise hierzu nötigte. Die in der Tendenz gleichlautenden Beschlüsse dieser Korporationen, die vollständig wiedergegeben werden, sprachen dem Ver-

bandsvorstand das Vertrauen aus und erwarteten von ihm ein noch schärferes Vorgehen gegen diese Quertreibereien.

Die Vorkommnisse bei dem Buchdruckerstreik im August und November 1923 werden dann in der Broschüre weiter eingehend behandelt. Jedem, der die Ausführungen über die schamlose Hege der Opposition, die propagandistische Beitragsperre und endgültige Gründung der Gegenorganisation liest, werden sie beweisen, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte. Die Broschüre, welche unentgeltlich abgegeben wird, kann daher allen Ortsverwaltungen sowohl wie sonst interessierten Mitgliedern unseres Verbandes nur angelegentlich empfohlen werden. Sollten die den einzelnen Zahlstellen übersandten Exemplare nicht reichen, so kann noch eine beschränkte Anzahl nachbestellt werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in

Table with 6 columns: Beitragsklasse, I, II, III, IV, V, VI. Rows for Ufm, Pf., and Ufm.

2. Materialverband. Eine Zusammenstellung der Vorgänge, die mit der Spaltung unserer Berliner Zahlstelle im Zusammenhang stehen, ist als Broschüre herausgegeben unter dem Titel

Die Opposition

im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Die Broschüre ist allen Gau- und Ortsverwaltungen in einigen Exemplaren zugefandt. Sollte die Sendung irgendwo nicht angekommen sein, bitten wir um Nachricht.

Nachlieferung kann bei weiterem Bedarf erfolgen, soweit der Vorrat reicht.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 5. Mai bei der Verbandskasse ein von:

- Frankfurt a. d. O. 306,03 Mk., Königsberg 294,95 Mk.; - Kiel 440,- Mk., Schwerin 70,30 Mk.; - Brandenburg a. d. H. 56,68 Mk., Potsdam-Rohwalde 125,- Mk., Bittenberg 68,- Mk.; - Detmold 190,30 Mk.; - Gelsenkirchen 11,96 Mk., Summersbach-Rinderoth 350,- Mk.; - Nachen 85,30 Mk., Krefeld 170,-

- Mark, Wiesdorf 100,- Mk.; - Eberstadt 296,13 Mk., Marburg 50,- Mk.; - Gau Thüringen - Mk., Altenburg 73,59 Mk., Arnstadt 56,- Mk., Schmöln 76,90 Mk., Sonneberg 150,52 Mk.; - Annaberg-Buchholz 2313,07 Mk., Dresden 5083,80 Mk., Limbach - Mk., Reichenbach 205,- Mk., Plauen 335,45 Mk., Rajsdau 50,- Mk., Reichenbach - Mk.; - Heilbronn 1566,30 Mk., Karlsruhe 191,50 Mk., Konstanz 30,- Mk., Stuttgart 2741,26 Mk., Ulm 276,10 Mk.; - Bayreuth 45,- Mk., Regensburg 18,32 Mk., Würzburg 402,65 Mk.

Die Frist für die Einlieferung der Abrechnungen vom 1. Quartal ist längst abgelaufen; es sind diese jedoch erst vom dem dritten Teil der Zahlstellen bei uns eingetroffen. Wir eruchen die Verwaltungen derjenigen Zahlstellen und Gauen, welche die Abrechnungen noch nicht eingefandt haben, dringend, das Veräumte nun schnellstens nachzuholen.

Adressänderungen.

- B. - Bevollmächtigter. K. - Kassierer. Karlsruhe. K.: Vogel, Verbandsbureau: Karl-Friedrich-Strasse 28 IV, Zimmer 29. Krefeld. B. u. K.: B. Schüb, Alte Linnenstr. 8. Ufm a. d. O. B.: G. Weber, Weiserstr. 26. K.: H. Maut, Plauenstraße 11 (bei Wetter).

Abrechnung der Verbandskasse für das Jahr 1923

Main financial table with columns for 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal, and 1.-4. Quartal 1923. Rows include Einnahmen (Income) and Ausgaben (Expenses) with various sub-items like 'Eingefandt von den Zahlstellen', 'Für Reichstaxi', 'Ausgaben: Gehälter der Beamten', etc.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung, sowie der Bücher und Stoffe besätigen: Berlin, den 29. April 1924.

H. Garder, 2. Vorsitzender.

Die Revisoren: Hugo Lemfer, S. Pradow.

Fr. Vender, Verbandskassierer.

N. B.: Die Zusammenstellung der Abrechnungen von den Zahlstellen und Gauen für das zweite bis vierte Quartal 1923 kann erst in dem später erscheinenden Jahresbericht veröffentlicht werden